

ALTENMARKT^{a. d.} Alz



informiert

Amtsblatt der Gemeinde und
Mitteilungsblatt der Vereine und Verbände



Samstag, den 18. September 2004

Nummer 17/2004

Amtliche Bekanntmachung

Bekanntmachung

Betreff: Problemmüllsammlung durch das Giftmobil

Der Landkreis Traunstein sammelt kostenlos Problemabfälle aus Haushalten im Kreisgebiet. Für die Gemeinde Altenmarkt a.d. Alz ist folgender Termin vorgesehen:

Dienstag, 21.09.2004 von 14.30 Uhr - 15.30 Uhr
Wertstoffhof, Trostberger Straße 11

Angenommen werden

- Lacke, lösungsmittelhaltige Farben und Klebstoffe, Holzschutz- und Abbeizmittel, Rostschutz- und Imprägniermittel
 - Lösungsmittelgemische, Verdünner, Terpentin, Waschbenzin, Kaltreiniger, Fleckenentferner, Spiritus, Tri, Aceton, Glyzerin, Frostschutzmittel
 - Säuren, Laugen und Salze, Metall- und Herdputzmittel, Backofen-, WC- und Abflußreiniger, Entkalker, Salmiakgeist und Waschmittelreste
 - Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel sowie Giftköder für Tiere (Pflanzenschutzpulver bitte nur in durchsichtigen Plastiktüten bringen).
 - Medikamente (ohne Pappschachteln und Beipackzettel!)
 - Trockenbatterien, Knopfzellen, Flachbatterien und Monozellen (können kostenlos bei allen Verkaufsstellen und am Wertstoffhof abgegeben werden)
 - Chemische Abfälle aus Heimlabors, Fixierbäder, Bleichbäder, Filmentwickler
- #### Achtung! Nicht angenommen werden:
- Autobatterien (seit 01.10.1998 kostenlos beim Auto- oder Schrotthändler/gemäß BatterieVo)
 - Speisefette und Speiseöle (Wertstoffhof)
 - Völlig ausgehärtete Altlacke in Hartplastikbehältern, tropffreie Ölkanister (Hausmülltonne)
 - Metall Dosen mit eingetrockneten Farbresten, sowie leere und FCKW-freie Spraydosen (Schrottcontainer)
 - Altöl (zurück an Verkaufsstellen; Kassenzettel aufbewahren!)
 - Munition und Sprengkörper, Feuerwerkskörper und andere pyrotechnische Artikel (Polizei)
 - Halon-Feuerlöscher (zurück an Hersteller/Vertrieb)
 - Druckgasflaschen (zurück an Hersteller/Vertrieb)

- Tierkadaver (zur Tierkörperbeseitigung)
- Altreifen (Händler)
- Körperpflegemittel und Kosmetika (Hausmülltonne)
- Elektroschrott (Fachhandel, Sperrmülltermine)
- Leuchtstoffröhren (Wertstoffhof)
- PU-Schaumdosen (können kostenlos bei den Verkaufsstellen abgegeben werden)

Da in der Vergangenheit immer wieder Wandfarben (Dispersionsfarben) angeliefert wurden, möchten wir nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese Farben nicht angenommen werden. Wandfarben sind ausgehärtet in die Mülltonne zu geben (sind nicht giftig!). Der leere Farbeimer kann dann restentleert am Wertstoffhof abgegeben werden!!!

Bitte nichts zusammenschütten!

Bringen sie die Abfälle bitte möglichst in den Originalbehältern zum Giftmobil und schütten sie nichts zusammen. Nur so ist sichergestellt, dass keine gefährlichen chemischen Reaktionen entstehen. Problemabfälle müssen direkt dem Fachpersonal übergeben werden und dürfen nie außerhalb der Sammelzeiten am Straßenrand abgestellt werden. Besonders für Kinder würden dabei Gefahren entstehen.

Gewerbebetriebe

Wir möchten darauf hinweisen, dass Gewerbebetriebe ohne Mengenbegrenzung ihre Abfälle anliefern können bei größeren Mengen bitte voranmelden). Die Abfälle werden gegen eine Gebühr von 90,00 Euro pro 120-l-Faß angenommen und mit einem Übernahmeschein bestätigt. Weitere Informationen erhalten sie beim Landratsamt Traunstein, Tel. 0861/58-287.

Achtung Änderung!

Apotheken sind ab sofort bei Anlieferung an das Giftmobil gebührenpflichtig. Der Preis für die Entsorgung ist abhängig von der angelieferten Menge und dem Sortieraufwand.

Altenmarkt a. d. Alz, 07. 09. 2004

Wachsmann, 2. Bürgermeisterin

Vereine und Verbände

Wir bitten die Vereinsvorsitzenden, Terminänderungen, bzw. Neutermine umgehend der Gemeindeverwaltung, Tel. 08621/984516, zwecks Veröffentlichung im Amtsblatt, bekanntzugeben.

Voraussichtliche Tagesordnung für die Gemeinderatssitzung am 07. 09. 2004

1. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 27. 07. 2004
 2. Vollzug der Baugesetze;
 - a) Änderung des Bebauungsplanes „Neufang“ für das Grundstück FlNr. 171/40, Gemarkung Altenmarkt, Pfisterstraße 9;
 - Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Bedenken und Anregungen im Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange)
 - 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Obing; Stellungnahme der Gemeinde Altenmarkt a.d. Alz am Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung)
 3. Verlängerung der Amts- und Diensthaftpflichtversicherung für Gemeinderäte
 4. Informationen
- Anschliessend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Das Landratsamt Traunstein informiert

Neuregelungen in der Bauabteilung, Ludwig-Thoma-Straße 3

Auskunftssuchende Bürger und Architekten werden auf folgende Neuregelungen hingewiesen:
telefonische Anfragen:
Montag – Freitag: 08.30 – 12.00 Uhr
Donnerstag auch: 14.00 – 15.30 Uhr
persönliche Vorsprachen:
grundsätzlich nur nach Terminvereinbarung

Jägerprüfung 2005

Der schriftliche Teil der Jägerprüfung 2005 (1. Termin) findet gemäß Verordnung über die Jäger- und Falknerprüfung (Jäger- und Falknerprüfungsordnung – JFPO) vom 28. November 2000 (GVBl S. 802) landeseinheitlich am Dienstag, den 25.01.2005, Beginn 9.00 Uhr, statt.

Prüfungsbewerber können sich bis spätestens 25. November 2004 unter Angabe von Vor- und Zuname, Beruf, Geburtsdatum, Geburtsort und vollständiger Anschrift (einschließlich Postleitzahl) bei der Kreisverwaltungsbehörde (untere Jagdbehörde beim Landratsamt Traunstein) unter Verwendung der dort erhältlichen Antragsformblätter schriftlich zur Prüfung anmelden, in deren Bezirk sie ihren Wohnsitz haben oder den Ausbildungslehrgang besucht haben. Anstelle der Kreisverwaltungsbehörden nehmen auch die Gemeinden die Anmeldung zur Prüfung entgegen. Hat ein Bewerber keinen Wohnsitz in Bayern, so hat er sich innerhalb der gleichen Frist bei einer Kreis-

verwaltungsbehörde desjenigen Regierungsbezirks anzumelden, in dem er die Prüfung ablegen will. Die Anmeldung ist nach dem §6 Abs. 1 JFPO folgende erforderliche Unterlagen beizufügen:

1. der Nachweis über die Einzahlung von 262,50 (255,- Prüfungsgebühr und 7,50 Verwaltungsgebühr) beim Landratsamt Traunstein; dies gilt auch in Fällen, in denen sich Bewerber statt bei der Kreisverwaltungsbehörde bei ihrer Gemeinde zur Prüfung anmelden. Fehlt der Nachweis über die eingezahlte Prüfungsgebühr, so muss die Anmeldung durch die Kreisverwaltungsbehörde zurückgewiesen werden;
2. ein Führungszeugnis, das nicht älter als sechs Monate sein darf;
3. bei Minderjährigen die schriftliche Einverständniserklärung des gesetzlichen Vertreters;
4. der Nachweis über die Teilnahme an einer jagdlichen Ausbildung nach § 4 Abs. 1 und 2 JFPO oder – bei Prüfungsvorbereitungen außerhalb Bayerns – über eine vergleichbare Ausbildung. Die vorgeschriebene Ausbildung muss mindestens 120 Stunden umfassen. Mindestens 60 Stunden müssen dabei auf den praktischen Teil der Ausbildung entfallen.

Der Nachweis der praktischen Ausbildung über 60 Stunden steht gleich die Bestätigung über eine einjährige jagdliche Ausbildung bei einem beständigen Lehrherrn.

Der Nachweis über die Schießausbildung bezieht sich auch darauf, dass der Bewerber mit Pistole und Revolver mindestens je fünf Schüsse auf die Scheibe, außerdem mindestens fünf Büchschüsse auf die Scheibe „flüchtiger Überläufer“ abgegeben hat;

5. der Nachweis über die Teilnahme an einem Lehrgang für die Fallenjagd, es sei denn, dass der Bewerber bei der Anmeldung zur Jägerprüfung schriftlich erklärt, auf die Ausübung der Fallenjagd zu verzichten (Art. 28 Abs. 1 Satz 4 Halbsätze 1 und 2 BayJG).

Bewerber, die zum Zeitpunkt der Anmeldung die jagdliche Ausbildung nach § 4 Abs. 1 und 2 JFPO noch nicht abgeschlossen haben, haben dies bei der Antragsstellung bekannt zu geben und den Nachweis hierüber spätestens bis zum 11. 1. 2005 bei der Behörde vorzulegen, die sie zur Prüfung zugelassen hat. Diese Bekanntmachung gilt auch für Personen, die zur Erlangung des Falknerjagdscheins die eingeschränkte Jägerprüfung ablegen wollen, mit der Maßgabe, dass bei den Anmeldungsunterlagen zu Nr. 4 der Nachweis von Kenntnissen des Waffenrechts, der Waffentechnik und des Führens von Jagd- und Faustfeuerwaffen entfällt und die Prüfungsgebühr 170 Euro beträgt. Der Anmeldung haben diese Bewerber eine Erklärung beizufügen, dass sie an der eingeschränkten Jägerprüfung teilnehmen wollen.

Blutspenden

Mi., 29. 09. 04 17 - 20 Uhr
Altenmarkt, Volksschule, Schulweg 15



Raiffeisenbank Trostberg eG

Ihre Beraterbank vor Ort!

50
Jahre

POLSTERMÖBEL
ERICH GEISS

ERGE

**5. - 26. 9. Jubiläums-Wochen
mit Verlosung einer Norwegen-Reise**

Tinninger Str. 16 · Oberfeldkirchen
TROSTBERG · Tel. 086 21/30 02 · Fax 77 57

Satzung über die Erhebung von Beiträgen zur Deckung des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung oder Erneuerung von Straßen, Wegen, Plätzen, Parkplätzen, Grünanlagen und Kinderspielflächen (Ausbaubeitragsatzung - ABS -)

Aufgrund des Art. 5 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Altenmarkt a.d. Alz folgende Satzung:

§1 Beitragserhebung

Die Gemeinde erhebt zur Deckung ihres Aufwands für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung oder Erneuerung der in §5 Abs. 1 genannten, in ihrer Baulast stehenden öffentlichen Einrichtungen Beiträge nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und dieser Satzung, soweit nicht aufgrund des Baugesetzbuchs (BauGB) Erschließungsbeiträge zu erheben sind.

§2 Beitragstatbestand

Der Beitrag wird für bebaute, bebaubare, gewerblich genutzte, gewerblich nutzbare oder sonstig nutzbare Grundstücke erhoben, die aus der Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser Einrichtungen einen besonderen Vorteil ziehen können (beitragspflichtige Grundstücke).

§3 Entstehen der Beitragsschuld

(1) Die Beitragsschuld entsteht mit dem Abschluss der Maßnahme (einschließlich des notwendigen Grunderwerbs), in den Fällen der Kostenspaltung (§9) mit dem Abschluss der Teilmaßnahme. Eine Maßnahme oder Teilmaßnahme ist abgeschlossen, wenn sie tatsächlich und rechtlich beendet und der Gesamtaufwand feststellbar ist.

(2) Wenn der in Absatz 1 genannte Zeitpunkt vor dem Inkrafttreten dieser Satzung liegt, entsteht die Beitragsschuld erst mit Inkrafttreten dieser Satzung.

§4 Beitragsschuldner

Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist. Mehrere Beitragspflichtige sind Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

§5 Art und Umfang des Aufwands

- (1) Der Berechnung des Beitrags wird zugrundegelegt der Aufwand der Herstellung, Anschaffung, Verbesserung oder Erneuerung für
- | | | |
|-----|--|-------------------------|
| 1. | Ortsstraßen (Art. 46 BayStrWG) | bis zu einer Breite von |
| | mit den Straßenbestandteilen Fahrbahn, Rad- und Gehwege, gemeinsame Geh- und Radwege, Mehrzweckstreifen, ohne unselbstständige Parkplätze (Nr. 4.1) und unselbstständige Grünanlagen (Nr. 6.1) | |
| 1.1 | in Wochenendhausgebieten mit einer Geschossflächenzahl bis 0,2 | 7,0 m |
| 1.2 | in Kleinsiedlungsgebieten mit einer Geschossflächenzahl bis 0,3 | 10,0 m |
| 1.3 | in Kleinsiedlungsgebieten, soweit sie nicht unter 1.2 fallen, Dorfgebieten, reinen Wohngebieten, allgemeinen Wohngebieten, besonderen Wohngebieten, Mischgebieten | |
| | a) mit einer Geschossflächenzahl bis 0,7 | 14,0 m |
| | bei einseitiger Bebaubarkeit | 10,5 m |
| | b) mit einer Geschossflächenzahl über 0,7 - 1,0 | 18,0 m |
| | bei einseitiger Bebaubarkeit | 12,5 m |
| | c) mit einer Geschossflächenzahl über 1,0 - 1,6 | 20,0 m |
| | d) mit einer Geschossflächenzahl über 1,6 | 23,0 m |
| | Einseitige Bebaubarkeit im Sinn des Satzes 1 ist gegeben, wenn auf einer Straßenseite die Grundstücke baulich oder gewerblich oder in sonstiger vergleichbarer Weise nicht genutzt werden dürfen. | |
| 1.4 | in Kern-, Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten | |
| | a) mit einer Geschossflächenzahl bis 1,0 | 20,0 m |
| | b) mit einer Geschossflächenzahl über 1,0 - 1,6 | 23,0 m |
| | c) mit einer Geschossflächenzahl über 1,6 - 2,0 | 25,0 m |
| | d) mit einer Geschossflächenzahl über 2,0 | 27,0 m |
| 1.5 | in Industriegebieten | |
| | a) mit einer Baumassenzahl bis 3,0 | 23,0 m |
| | b) mit einer Baumassenzahl über 3,0 - 6,0 | 25,0 m |
| | c) mit einer Baumassenzahl über 6,0 | 27,0 m |
| 1.6 | als nicht zum Anbau bestimmte Sammelstraßen | 27,0 m |
| 1.7 | als verkehrsberuhigte Bereiche bis zu den in Nr. 1.2 mit 1.4 festgelegten Straßenbreiten; werden diese überschritten, ist beitragsfähig der Aufwand für eine Fläche, die sich aus der Multiplikation der Länge der verkehrsberuhigten Straße mit den für das jeweilige Gebiet in Nr. 1.2 mit 1.4 festgelegten Breiten ergibt | |
| 1.8 | in sonstigen Gebieten im Sinne des §22 Abs. 1 Satz 4 BauGB | 14,0 m |
| 1.9 | in allen anderen Fällen, soweit sie der Erschließung von baulich oder gewerblich genutzten Grundstücken dienen | 14,0 m |
| 2. | die folgenden Bestandteile der Ortsdurchfahrten von Bundes-, Staats- und Kreisstraßen: | bis zu einer Breite von |
| 2.1 | Überbreiten der Fahrbahn | 6,0 m |
| 2.2 | Gehwege | 11,0 m |
| 2.3 | Radwege | 5,0 m |
| 2.4 | gemeinsame Geh- und Radwege | 14,0 m |
| 3. | beschränkt-öffentliche Wege (Art. 53 Nr. 2 BayStrWG) | bis zu einer Breite von |
| 3.1 | Gehwege | 5,0 m |
| 3.2 | Radwege | 3,5 m |
| 3.3 | gemeinsame Geh- und Radwege | 8,0 m |
| 3.4 | unbefahrbare Wohnwege | 5,0 m |
| 3.5 | Fußgängerbereiche bis zu den in Nr. 1.2 mit 1.4 festgelegten Straßenbreiten; werden diese überschritten, ist beitragsfähig der Aufwand für eine Fläche, die sich aus der | |

Multiplikation der Länge des Fußgängerbereiches mit den für das jeweilige Gebiet in Nr. 1.2 mit 1.4 festgelegten Breiten ergibt.

4. Parkplätze
- 4.1 die Bestandteil der in Nr. 1 mit Nr. 2 genannten Straßen sind bis zu einer Breite von
(unselbstständige Parkplätze)
- a) soweit Parkstreifen vorgesehen sind
- bei Längsaufstellung je 2,5 m
- bei Schräg- und Senkrechtaufstellung 5,0 m
- b) soweit keine Parkstreifen vorgesehen sind 5,0 m
- 4.2 die kein Bestandteil der in Nr. 1 mit Nr. 2 genannten Straßen sind (selbstständige Parkplätze) bis zu einer Fläche von 15 v. H. der durch sie erschlossenen Grundstücksflächen (§8)
5. die Wendeplätze an Ortsstraßen nach Nr. 1 und an beschränkt-öffentlichen Wegen nach Nr. 3 jeweils bis zur vierfachen Straßenbreite
6. Grünanlagen
- 6.1 die Bestandteil der in Nr. 1 mit Nr. 5 genannten Verkehrsflächen sind (unselbstständige Grünanlagen) bis zu einer Breite von 8,0 m
- 6.2 die kein Bestandteil der in Nr. 1 bis Nr. 5 genannten Verkehrsflächen sind (selbstständige Grünanlagen) bis zu einer Fläche von 15 v. H. der durch sie erschlossenen Grundstücksflächen (§8)
7. Kinderspielplätze innerhalb der Baugebiete bis zu einer Fläche von 10 v. H. der durch sie erschlossenen Grundstücksflächen (§8)

(2) Ergeben sich nach Abs. 1 unterschiedliche Höchstbreiten, so gilt insgesamt die größte Breite.

(3) Beitragsfähig nach Absatz 1 ist der Aufwand für

1. den Grunderwerb oder die Erlangung einer Dienstbarkeit einschließlich der Nebenkosten und der Kosten aller Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen, damit die Gemeinde das Eigentum oder die Dienstbarkeit an den für die Einrichtung erforderlichen Grundstücken erlangt,

2. die Freilegung der Grundflächen,

3. die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung oder Erneuerung der Einrichtung oder

Teileinrichtung mit ihren Bestandteilen und notwendigen Anpassungsmaßnahmen:

3.1 Fahrbahnen

3.2 Radwege

3.3 Gehwege

3.4 gemeinsame Geh- und Radwege

3.5 Mischflächen

3.6 Mehrzweckstreifen

3.7 technisch notwendiger Unterbau und Tragschichten

3.8 Deckschicht mit Befestigung der Oberfläche durch eine Pflasterung, Asphalt-, Beton oder ähnliche Decke neuzeitlicher Bauweise,

3.9 notwendige Erhöhungen oder Vertiefungen des Niveaus,

3.10 Rinnen und Randsteine,

3.11 Entwässerungsanlagen, Gräben, Durchlässe und Verrohrungen,

3.12 Böschungen, Schutz- und Stützmauern,

3.13 Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen,

3.14 Wendeplätze,

3.15 Parkplätze,

3.16 Beleuchtung,

3.17 Grünanlagen mit gärtnerisch gestalteten Flächen und der erforderlichen Bepflanzung,

3.18 Baumgraben und Baumscheiben einschließlich Bepflanzung,

3.19 Ausrüstung (insbesondere der verkehrsberuhigten Straßen und Fußgängerbereiche) mit ortsfesten Einrichtungsgegenständen,

3.20 Omnibus-Haltebuchten und -Wendeplätze,

3.21 Anbindung an andere bereits vorhandene Straßen, Wege und Plätze,

3.22 stationäre Geräte und Anlagen und Begrünung und Bepflanzung der Kinderspielplätze,

3.23 Anpassung von Ver- oder Entsorgungsanlagen.

(4) Der Aufwand umfasst auch den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Sachen und Rechte im Zeitpunkt der Bereitstellung.

(5) Der beitragsfähige Aufwand umfasst nicht die Kosten für Brücken, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen.

§6 Ermittlung des Aufwands und Abrechnungsgebiet

(1) Der beitragsfähige Aufwand (§5) wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.

(2) Der beitragsfähige Aufwand wird für die einzelne Einrichtung ermittelt. Die Gemeinde kann abweichend von Satz 1 den beitragsfähigen Aufwand entweder für bestimmte Abschnitte einer Einrichtung oder für mehrere Einrichtungen, die für die Erschließung der Grundstücke eine Einheit bilden, ermitteln.

(3) Die von einer Einrichtung erschlossenen Grundstücke bilden das Abrechnungsgebiet. Wird ein Abschnitt einer Einrichtung gebildet oder werden mehrere Einrichtungen (derselben Straßenkategorie nach §7 Abs. 2) zu einer Einheit zusammengefasst, bilden die von dem Abschnitt bzw. der Einheit erschlossenen Grundstücke das Abrechnungsgebiet.

§7 Gemeindeanteil

(1) Die Gemeinde beteiligt sich an dem Aufwand nach Maßgabe des Absatz 2 mit einem Anteil, der die nicht nur unbedeutenden Vorteile der Allgemeinheit für die Inanspruchnahme der Einrichtung angemessen berücksichtigt (Eigenbeteiligung).

(2) Die Eigenbeteiligung der Gemeinde beträgt bei

1. Maßnahmen an Ortsstraßen

(§5 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4.1, Nr. 5 und Nr. 6.1)

1.1 Anliegerstraßen

a) Fahrbahn

30 v. H.

b) Radwege

30 v. H.

c) Gehwege

30 v. H.

d) gemeinsame Geh- und Radwege

30 v. H.

| | | |
|-----|---|----------|
| | e) unselbstständige Parkplätze | 30 v. H. |
| | f) Mehrzweckstreifen | 30 v. H. |
| | g) Beleuchtung und Entwässerung | 30 v. H. |
| | h) unselbstständige Grünanlagen | 30 v. H. |
| 1.2 | Haupterschließungsstraßen | |
| | a) Fahrbahn | 60 v. H. |
| | b) Radwege | 40 v. H. |
| | c) Gehwege | 40 v. H. |
| | d) gemeinsame Geh- und Radwege | 40 v. H. |
| | e) unselbstständige Parkplätze | 40 v. H. |
| | f) Mehrzweckstreifen | 40 v. H. |
| | g) Beleuchtung und Entwässerung | 40 v. H. |
| | h) unselbstständige Grünanlagen | 40 v. H. |
| 1.3 | Hauptverkehrsstraßen | |
| | a) Fahrbahn | 80 v. H. |
| | b) Radwege | 50 v. H. |
| | c) Gehwege | 50 v. H. |
| | d) gemeinsame Geh- und Radwege | 50 v. H. |
| | e) unselbstständige Parkplätze | 50 v. H. |
| | f) Mehrzweckstreifen | 50 v. H. |
| | g) Beleuchtung und Entwässerung | 50 v. H. |
| | h) unselbstständige Grünanlagen | 50 v. H. |
| 2. | Maßnahmen an Ortsdurchfahrten | |
| 2.1 | Überbreiten der Fahrbahn (§5 Abs. 1 Nr. 2.1) | 80 v. H. |
| 2.2 | Gehwege der Ortsdurchfahrt (§5 Abs. 1 Nr. 2.2) | 50 v. H. |
| 2.3 | Radwege der Ortsdurchfahrt (§5 Abs. 1 Nr. 2.3) | 50 v. H. |
| 2.4 | gemeinsame Geh- und Radwege der Ortsdurchfahrt (§5 Abs. 1 Nr. 2.4) | 50 v. H. |
| 2.5 | unselbstständige Parkplätze (§5 Abs. 1 Nr. 4.1) | 50 v. H. |
| 2.6 | unselbstständige Grünanlagen (§5 Abs. 1 Nr. 6.1) | 50 v. H. |
| 2.7 | Beleuchtung und Entwässerung | 50 v. H. |
| 3. | Maßnahmen an beschränkt-öffentlichen Wegen | |
| 3.1 | selbstständige Gehwege (§5 Abs. 1 Nr. 3.1) | 40 v. H. |
| 3.2 | selbstständige Radwege (§5 Abs. 1 Nr. 3.2) | 40 v. H. |
| 3.3 | selbstständige gemeinsame Geh- und Radwege (§5 Abs. 1 Nr. 3.3) | 40 v. H. |
| 3.4 | unselbstständige Grünanlagen (§5 Abs. 1 Nr. 6.1) | 40 v. H. |
| 3.5 | Beleuchtung und Entwässerung | 40 v. H. |
| 4. | verkehrsberuhigte Bereiche (§5 Abs. 1 Nr. 1.7) | |
| 4.1 | als Anliegerstraße (§7 Abs. 4 Nr. 1) | |
| | a) Mischflächen | 30 v. H. |
| | b) für die übrigen Teileinrichtungen gelten die Regelungen in Nr. 1.1 entsprechend | |
| 4.2 | als Haupterschließungsstraße (§7 Abs. 4 Nr. 2) | |
| | a) Mischflächen | 50 v. H. |
| | b) für die übrigen Teileinrichtungen gelten die Regelungen in Nr. 1.2 entsprechend | |
| 5. | Fußgängerbereiche (§5 Abs. 1 Nr. 3.5) | 40 v. H. |
| 6. | unbefahrbare Wohnwege (§5 Abs. 1 Nr. 3.4) | 30 v. H. |
| 7. | selbstständige Parkplätze (§5 Abs. 1 Nr. 4.2) | 50 v. H. |
| 8. | selbstständige Grünanlagen (§5 Abs. 1 Nr. 6.2) | 50 v. H. |
| 9. | Kinderspielplätze (§5 Abs. 1 Nr. 7) | 50 v. H. |

(3) Im Sinne des Absatzes 2 gelten als

1. Anliegerstraßen: Straßen, die ganz überwiegend der Erschließung der Grundstücke dienen.
2. Haupterschließungsstraßen: Straßen, die der Erschließung von Grundstücken und gleichzeitig dem durchgehenden innerörtlichen Verkehr dienen und nicht Hauptverkehrsstraßen sind.
3. Hauptverkehrsstraßen: Straßen, die ganz überwiegend dem durchgehenden innerörtlichen und/oder überörtlichen Durchgangsverkehr dienen.
4. Verkehrsberuhigte Bereiche: als Mischfläche gestaltete Straßen, die in ihrer ganzen Breite von Fußgängern benutzt werden dürfen und gleichzeitig dem Fahrzeugverkehr dienen.
5. Fußgängerbereiche: Straßen, die in ihrer ganzen Breite dem Fußgängerverkehr dienen, auch wenn eine (zeitweise) Nutzung mit Kraftfahrzeugen zugelassen ist.

§8 Verteilung des Aufwandes

(1) Bei zulässiger gleicher Nutzung der Grundstücke wird der nach §6 ermittelte Aufwand nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§7 Abs. 2) auf die Grundstücke des Abrechnungsgebiets (§6 Abs. 3) nach den Grundstücksflächen verteilt.

(2) Ist in einem Abrechnungsgebiet (§6 Abs. 3) eine unterschiedliche bauliche oder sonstige Nutzung zulässig, wird der nach §6 ermittelte Aufwand nach Abzug des Anteils der Gemeinde (§7 Abs. 2) auf die Grundstücke des Abrechnungsgebiets (§6 Abs. 3) nach den Grundstücksflächen, vervielfacht mit einem Nutzungsfaktor, verteilt, der im einzelnen beträgt:

- | | | |
|----|--|-----|
| 1. | bei eingeschossiger Bebaubarkeit oder gewerblich nutzbaren Grundstücken, auf denen keine oder nur eine untergeordnete Bebauung zulässig ist (z. B. Lagerplätze mit Sanitärräumen, Waschstraßen etc.) | 1,0 |
| 2. | bei mehrgeschossiger Bebaubarkeit zuzüglich je weiteres Vollgeschoss | 0,3 |

(3) Als Grundstücksfläche gilt

1. soweit ein Bebauungsplan im Sinn von §30 Abs. 1 und 2 BauGB besteht, der Flächeninhalt des Buchgrundstücks, wie er sich aus der Eintragung im Grundbuch ergibt. Reicht die Fläche des Buchgrundstücks über den Geltungsbereich des Bebauungsplans hinaus, ist die im Geltungsbereich gelegene Fläche zugrunde zu legen.

2. soweit ein Bebauungsplan im Sinn von §30 Abs. 1 und 2 BauGB nicht besteht, die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 50 m, gemessen von der gemeinsamen Grenze des Grundstücks mit der das Grundstück erschließenden Verkehrsfläche. Reicht die bauliche oder gewerbliche oder sonstige vergleichbare Nutzung über diese Begrenzung hinaus, so ist die Tiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der Nutzung bestimmt wird. Grundstücksteile, die nur die wegemäßige Verbindung zur Straße herstellen, bleiben unberücksichtigt.

3. soweit aneinandergrenzende (selbstständig nicht bebaubare oder nutzbare) Buchgrundstücke desselben Eigentümers einheitlich wirtschaftlich genutzt werden oder genutzt werden dürfen, der Flächeninhalt dieser Grundstücke; Nr. 1 oder Nr. 2 sind entsprechend anzuwenden.

(4) Grundstücke, die ohne bauliche Nutzungsmöglichkeit, mit einer untergeordneten baulichen Nutzungsmöglichkeit oder in sonstiger Weise vergleichbar genutzt werden oder genutzt werden dürfen, z. B. Friedhöfe, Sportanlagen, Freibäder, Campingplätze, Dauerkleingärten, werden mit 50 v. H. der Grundstücksfläche in die Verteilung einbezogen; Grundstücke, auf denen private Grünflächen festgesetzt sind, werden mit 25 v. H. der Grundstücksfläche in die Verteilung einbezogen.

(5) Grundstücke im Außenbereich, die nicht baulich oder gewerblich, sondern nur gärtnerisch, land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden dürfen, werden mit 5 v. H. der Grundstücksfläche in die Verteilung einbezogen. Für Grundstücke im Außenbereich, die bebaut sind oder gewerblich genutzt werden, gilt Abs. 2 und Abs. 3 Nr. 2 entsprechend.

(6) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Weist der Bebauungsplan nur eine Baumassenzahl aus, so gilt als Zahl der Vollgeschosse die Baumassenzahl geteilt durch 3,5; Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.

(7) Ist im Einzelfall eine höhere Zahl der Vollgeschosse zugelassen oder vorhanden, so ist diese zugrunde zu legen.

(8) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stellplätze zulässig sind, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke. Bei mehrgeschossigen Parkbauten bestimmt sich der Nutzungsfaktor nach der Zahl ihrer Geschosse.

(9) In unbeplanten Gebieten und Gebieten, für die ein Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Baumassenzahl festsetzt, ist

1. bei bebauten Grundstücken die Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
2. bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse

maßgebend.

(10) Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheiten des Bauwerks nicht feststellbar, werden je angefangene 3,5 m Höhe des Bauwerks als ein Vollgeschoss gerechnet.

(11) Werden in einem Abrechnungsgebiet (§6 Abs. 3) auch Grundstücke erschlossen, die zu mehr als einem Drittel gewerblich genutzt werden oder genutzt werden dürfen, so sind für diese Grundstücke die nach Absatz 2 zu ermittelnden Nutzungsfaktoren um je 50 v. H. zu erhöhen. Dies gilt nicht bei Abrechnung von selbstständigen Grünanlagen oder Kinderspielplätzen, wenn von diesen Grundstücke im Sinn von Satz 1 erschlossen werden.

(12) Als gewerblich genutzt oder nutzbar im Sinne des Absatzes 11 gilt auch ein Grundstück, wenn es zu mehr als einem Drittel Geschäfts-, Büro-, Verwaltungs-, Praxis-, Unterrichts-, Heilbehandlungs- oder ähnlich genutzte Räume beherbergt.

(13) Für Grundstücke, die von mehr als einer Einrichtung nach §5 erschlossen werden, ist die Grundstücksfläche bei Abrechnung jeder Einrichtung nur mit zwei Dritteln anzusetzen. Dies gilt nicht für Grundstücke, die zu mehr als einem Drittel gewerblich genutzt werden, sowie für Grundstücke in Kern-, Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten.

§9 Kostenspaltung

Der Beitrag kann für

1. den Grunderwerb,
2. die Freilegung,
3. die Fahrbahn,
4. die Radwege,
5. die Gehwege,
6. die gemeinsamen Geh- und Radwege,
7. die unselbstständigen Parkplätze,
8. die unselbstständigen Grünanlagen,
9. die Mehrzweckstreifen,
10. die Mischflächen
11. die stationären Geräte und Anlagen und die Begrünung und Bepflanzung der Kinderspielplätze,
12. die Beleuchtungsanlagen,
13. die Entwässerungsanlagen

gesondert erhoben und in beliebiger Reihenfolge umgelegt werden, sobald die Baumaßnahme, deren Aufwand durch Teilbeträge gedeckt werden soll, abgeschlossen ist.

§10 Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheids, die Vorauszahlung einen Monat nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids fällig.

§11 Ablösung des Ausbaubeitrags

Der Beitrag kann im ganzen vor Entstehen der Beitragspflicht (§3) abgelöst werden (Art. 5 Abs. 9 KAG). Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht. Der Ablösungsbetrag bemisst sich nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe dieser Satzung zu ermittelnden Ausbaubeitrags.

§12 Auskunftspflicht

Der Beitragsschuldner ist verpflichtet, der Gemeinde alle zur Ermittlung der Beitragsgrundlage erforderlichen Angaben zu machen und auf Verlangen geeignete Unterlagen vorzulegen.

§13 Inkrafttreten

- (1) Die Satzung tritt am 20.09.2004 in Kraft.